

Protokoll der 4. Sitzung des 37. Studierendenparlaments am 28.10.2010

Beginn: 18:20 Ende: 21:04

Protokollantin: Lisa Waimann

Top 1: Formalia

a) Begrüßung

Der StuPa-Vorsitz eröffnet die 4. Sitzung des 37. StuPas. **Isabelle Sandow (Piraten/StuPa-Vorsitz)** führt die Redeleitung.

b) Feststellung der Beschlussfähigkeit und der ordnungsgemäßen Einladung

Das Studierendenparlament ist beschlussfähig, niemand moniert die Einladung:

Anwesend sind:

StuPa-Mitglieder: Hendrik Unger (g*al), Felix Eikmeyer (g*al), Christian Osinga (Kompass), Henrik Prusiken (ghg*ol), Alexander Wiegand (ghg*ol), Oliver Nißing (ghg*ol), Ingwar Petersen (ghg*ol), Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol), Jessica Schiebel (ghg*ol), Lisa Waimann (ghg*ol), Lena Zakowski (:uniLinks!_ro.s.a.), Daniel Krenz-Dewe (:uniLinks!_ro.s.a.), Malte Diercks (:uniLinks!_ro.s.a.), Jonas Damian (Juso-HSG), Sonja König (Juso-HSG), Johannes Zück (Juso-HSG), Katharina Bolgen (Juso-HSG), Stefan Pieplau (Juso-HSG), Arne-Goren Müller (BieLi), Tobias Rudehuts Kors (Piraten), Isabelle Sandow (Piraten), Niklas Meyer (RCDS), Theodora Aslan (RCDS), Sebastian Richter (LHG)

AStA: Benjamin Diekmann, Lisa Brockerhoff (ghg*ol), Max Schneider

Gäste: Heike Wilke, Benjamin Görler (Piraten)

entschuldigt: Malin Houben (g*al), Caner Gel (ghg*ol), Janosch Stratemann (ghg*ol), Peixin Xian (ghg*ol), Antu Munoz (ghg*ol), Mia Nina Youn (ghg*ol), Sven Goedde (ghg*ol), Charlotte Renda (ghg*ol), Paul Buckermann (:uniLinks!_ro.s.a.), Marthe Heidbreder (:uniLinks!_ro.s.a.), Sahba Roga Afradi (LHG), Florian Sander (LHG), Gregor Spalek (LHG)

unentschuldigt fehlend: Anna Nigbur (g*al), Jan Seelhorst (DWW), Harald Tiemann (CSU), Henning Bielefeld (LHG)

c) Wahl einer Protokollführerin/eines Protokollführers

Lisa Waimann erklärt sich bereit das Protokoll zu schreiben. Es gibt keine Alternativvorschläge oder Einwände.

d) Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der verschickten Form angenommen:

Top 1: Formalia

a) Begrüßung

b) Feststellung der Beschlussfähigkeit und der ordnungsgemäßen Einladung

c) Wahl einer Protokollführerin/eines Protokollführers

d) Feststellung der Tagesordnung

Top 2: Protokollgenehmigung

Top 3: Gäste

Top 4: Bericht des StuPa-Vorsitzes

Top 5: Bericht des AStA

Top 6: Berichte aus Senat und Kommissionen

Top 7: Wahl des allgemeinen Studierendenausschuss

Top 8: Wahlen und Nominationen

a) Kommission für Organisationsentwicklung: 1 Mitglied

- Top 9: 1. Lesung Haushaltsplan 2011**
- Top 10: Niederschlagung von Sozialdarlehen**
- Top 11: Anträge**
- Top 12: Sonstiges**

Top 2: Protokollgenehmigungen

Es liegt das Protokoll der 8. Sitzung des 36. Studierendenparlaments vor. Dieses weist immer noch Fehler auf.

8. Protokoll/36.StuPa	Ja	Nein	Enthaltung
	3	6	10

Damit ist das Protokoll nicht angenommen.

Weiterhin liegt das Protokoll der 3. Sitzung des 37. Studierendenparlaments vor. Es gibt Änderungswünsche, die von der Protokollantin übernommen werden.

3. Protokoll/37.StuPa	Ja	Nein	Enthaltung
	18	0	1

Damit ist das Protokoll mit Änderungen angenommen.

Top 3: Gäste

Mark (AntifaAG) möchte sich als potentieller neuer AntifaAG-Referent vorstellen, da er zu dem betreffenden Top nicht mehr da sein kann. Der auf der letzten Sitzung als AntifaAG-Referent gewählte Lars ist zurückgetreten. Mark ist seit längerem bei der AntifaAG.

Die **Fachschaft Erziehungswissenschaft** plant eine Fachschaftsfahrt in sieben Wochen. Sie wollen ihre Arbeit im vergangenen Jahr und über ihre Zusammenarbeit mit der Fakultät reflektieren. Weiterhin planen sie einige Projekte, wie den hochschulpolitischen Mittwoch, die im Rahmen dieser Fahrt vorbereitet werden sollen. Die erwarteten Kosten gehen mit 1670 € über den Betrag hinaus, den die Fachschaft im Rahmen der Reisekostenordnung ohne StuPa-Beschluss ausgeben dürfte. **Alexander Wiegand (ghg*ol)** fragt, ob es einen Selbstkostenbeitrag seitens der TeilnehmerInnen geben wird. Dies wird verneint.

FS EW	Ja	Nein	Enthaltung
	21	0	1

Damit ist der Antrag angenommen.

Fachschaft Geschichte hat eine Erstsemesterfahrt durchgeführt. Um allen entstandenen Kosten abdecken zu können, fehlen 156,47 €, welche sie beantragen.

FS Geschichte	Ja	Nein	Enthaltung
	22	0	1

Michael vertritt fünf Psychologie-Studierenden, die an dem Kongress „Interdisziplinarität und Chancen neuer Studiengänge“ teilnehmen und die Erstattung der Kosten beantragen möchten. **Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol)** bittet um Erläuterungen zu dem Kongress. Laut **Michael** beschäftigt sich der Veranstalter mit Umweltpsychologie und setzt sich für neue Studiengänge in diesem Bereich ein. **Christian Osinga (Kompass)** fragt, ob die betreffenden fünf Studierende Fachschaftsmitglieder sind. Daraufhin erklärt **Michael**, dass zwei der Interessierten

Fachschaftsmitglieder sind und später in dieser über den Kongress berichten werden. **Sonja König (Juso-HSG)** möchte wissen, ob es sich bei den Kongress-TeilnehmerInnen ausschließlich um Studienrede handelt, was **Michael** bestätigt. **Johannes Zück (Juso-HSG)** erkundigt sich nach einer Eigenbeteiligung der betreffenden Studierenden. **Michael** erklärt, dass eine solche bisher nicht geplant sei. **Jonas Damian (Juso-HSG/StuPa-Vorsitz)** fragt nach der Höhe des Betrags, der beantragt werden soll. Dieser beträgt 135 € pro Person, also 675 € insgesamt. **Henrik Prusiken (ghg*ol)** möchte wissen, aus welchem Topf dies gebucht werden könnte. **Diether Horstmann (g*al/Finanzen)** schlägt den Fachschaftstopf vor.

Kongress EW	Ja	Nein	Enthaltung
	23	0	1

Damit ist der Antrag angenommen.

Top 4: Bericht des StuPa-Vorsitzes

Oliver Nißing (ghg*ol/StuPa-Vorsitz) berichtet, dass es nach einigen Problemen immer noch keinen Termin mit Herrn Voß vom Studierendensekretariat bezüglich der Rückmeldefrist gab. **Lisa Brockerhoff (ghg*ol/Vorsitz/Hochschul- und Bildungspolitik)** erklärt, dass dieser sich auch beim AStA noch nicht zurückgemeldet hat.

Top 5: Bericht des AStA

Lisa Brockerhoff (ghg*ol/Vorsitz/Hochschul- und Bildungspolitik) berichtet, dass Ingrid Keulert aus dem AStA aus persönlichen Gründen ausgeschieden ist und Lisa Koll, Lina Dybowski, Jan Seelhorst und Hendrik Unger eingestellt wurden.

Es gab Probleme mit dem Dezernat Facility Management, da dieses die Anzahl an Ständen, die pro Tag in der Halle stehen dürfen, beschränkt hat. Außerdem gab es Ärger aufgrund zeitgleich liegenden Veranstaltungen in Audimin und Audimax.

Lisa B. berichtet von ihrem Kongressaufenthalt zum Thema Lehre in Schweden. Einen schriftlichen Bericht will sie nachreichen. Bei dem Kongress hat sie festgestellt, dass viele Länder sehr viel weiter sind, was die Ausgestaltung eines studierendenfreundlichen BA/MA-Systems sind.

Weiterhin berichtet **Lisa B.**, dass die Probephase, in der das Trinken von Wasser in der Bibliothek erlaubt ist, gut läuft. Sie hat auch, wie bei der letzten StuPa-Sitzung angeregt, nachgefragt, was mit vermuteten BücherdiebInnen geschieht. Die zunehmende Kontrolle und Sanktion von Personen, die (versehentlich) nicht ausgeliehene Bibliotheksbücher beim Verlassen dieser bei sich hatten, wurde laut **Lisa B.** mit einer Zunahme an Diebstählen begründet. Positive Kontrollen sollten aber keine Anzeigen nach sich ziehen. Falls dies erneut geschieht, soll erneut die Dezernentin der Bibliothek kontaktiert werden. Um den Diebstahl von Bücher zukünftig zu vermeiden, plant die Bibliotheksverwaltung Kontrollanlagen anzuschaffen.

Außerdem hat **Lisa B.** sich damit beschäftigt, was mit den Studiengebührenrücklagen geschehen soll. Seitens des Rektorats gibt es diesbezüglich verschiedene Idee, wie die Einrichtung einer Stiftung oder den Bau eines neuen Gebäudes, welche **Lisa B.** kritisch sieht.

Lisa B. berichtet weiter für den AStA, dass vom 6. bis 10. Juni das festival contre le racisme, vom 24. bis 28.1. die Aktionstage gegen Sexismus und Homophobie und vom 9. bis 13. Mai die Netzwoche stattfinden werden. Das Referat für Internationales und Frieden will laut **Lisa B.** das Angebot von kostenlosem Mensaessen für bedürftige Studierende erweitern.

Das Öffentlichkeitsarbeit will sich um die Pressearbeit zur Überfüllung der Universität kümmern.

Max Schneider (Vorsitz/Ökologie) erklärt, dass die nichtöffentlichen Wahlen von nordrhein-westfälischen Hochschulräten nicht rechtskräftig waren. So entschied das Oberverwaltungsgericht

Münster nach einer Klage des Münsteraner AStA. Der AStA klärt derzeit, ob dies auch auf den Bielefelder Hochschulrat zutrifft, was seitens des Justiziariats bereits verneint wurde. Der AStA hat zur eindeutigen Klärung den Audio-Mitschnitt der betreffenden Senatssitzung beantragt. Weiterhin berichtet **Max**, dass das LandesAStenTreffen (LAT) Gespräche mit dem Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung geführt hat, welches langfristig plant die Hochschulräte in NRW abzuschaffen.

Zum Thema Studiengebühren sollen seitens verschiedener Parteien drei Anträge im Landtag gestellt werden, wie **Max** erklärt. Die Linke will einen Antrag stellen, der vorsieht die Studiengebühren zum kommenden Sommersemester abzuschaffen. Die FDP hingegen wird beantragen, diese beizubehalten, während die Koalition vorsieht die Studiengebühren zum Wintersemester 2011/12 abzuschaffen. Da die Linke dies jedoch für zu spät erachtet, hat sie angekündigt, dem Antrag der Koalition nicht zuzustimmen, was laut **Max** voraussichtlich bedeuten würde, dass es für diesen keine Mehrheit geben wird. Der AStA plant diesbezüglich Aktionen. **Max** befürchtet, dass im schlimmsten Fall der Haushalt keine Mehrheit findet und Neuwahlen stattfinden, welche so ausgehen könnten, dass es keine Mehrheit der Parteien gibt, die die Studiengebühren in NRW abschaffen wollen.

Weiterhin hat **Max** zu der Problematik der geringen Masterplatzanzahl und deren Vergabe gearbeitet. Von der Uni Paderborn berichtet **Max**, dass diese aus allen Nähten platzt. Deshalb wurden außerhalb des Gebäudes Zelte aufgestellt, in denen Lehrveranstaltungen stattfinden. Da die Heizung in diesen jedoch so laut ist, dass Verständigung mehr stattfinden kann, wird sie nicht genutzt, sodass Studierende und Lehrende frieren müssen. Aufgrund der Situation, hat der Paderborner Rektor vorgeschlagen, die GesellschaftswissenschaftlerInnen sollten doch MINT-Fächer studieren, da diese nicht so stark frequentiert seien.

Weiterhin erzählt **Max** von der FH Aachen. Dort wurde die Anwesenheit in einigen Lehrveranstaltungen durch Fotos der Anwesenden und zusätzlicher Unterschriftenliste überprüft, damit niemand für abwesende KommilitonInnen unterzeichnen kann.

Max berichtet außerdem für das Ökologiereferat. Dieses arbeitet an einer Öko-Karte, wo unter anderem Bioläden und Secondhandläden eingezeichnet werden sollen. Weiterhin ist eine Kooperation mit dem Mieterbund angestrebt, um Studierende in mietrechtlichen Fragen unterstützen zu können. Eventuell wird der AStA Mitglied des Mieterbundes. Außerdem arbeiten die ÖkologierreferentInnen an einer Vortragsreihe zu unter anderem bewusster Ernährung und Veganismus.

Christian Osinga (Kompass/AStA-Verkehrsgruppe) berichtet für die Verkehrsgruppe, dass es sehr viel zu tun gibt. Die Erstattung der Sieben-Tages-Tickets, die Personen in Anspruch nehmen können, die ihr Semesterticket nicht rechtzeitig bekommen haben, läuft gut. Dieses Angebot ist stark angenommen.

Ein großes Thema ist laut **Christian** die anstehende Einführung der UniCard zum 1.5.2011. Der Termin ist allerdings schon vielfach verschoben worden, jetzt sind jedoch die Karten bereits produziert. **Max (Vorsitz/Ökologie)** erklärt, dass es am 17.11. ein LAT-Treffen diesbezüglich geben soll, da die Einführung einer UniCard an vielen Unis geplant ist. **Christian** berichtet, dass es Anfang November ein Konzeptpapier seitens der Verwaltung geben soll. Auch die Verkehrsbetriebe arbeiten an der Einführung einer ChipKarte, unter anderem auch für das NRW-Semesterticket. Beide Karten sind bisher nicht kompatibel, was sich jedoch über kurz oder lang ändern soll. Dies könnte datenschutztechnische Probleme mit sich bringen. **Stefan Pieplau (Juso-HSG)** fragt, ob mit Einführung der UniCard auch die Semesterbescheinigungen wegfallen sollen. Dies soll laut **Christian** zunächst nicht geschehen, langfristig sollen diese aber selbstständig mit der UniCard ausgedruckt werden können und digital verfügbar sein. **Kristina Speich** fragt nach den Kosten, die bei Verlust der Karte für Studierenden entstünden. Hierzu gab es noch keine konkreten Aussagen, wie **Christian** erläutert. Kosten werden jedoch vermutlich in solchen Fällen weiter entstehen. **Felix**

Eikmeyer (g*al) fragt nach, was auf die Karte aufgedruckt wird. Laut **Christian** wird das jeweilige aktuelle Datum beziehungsweise Semester aufgedruckt. **Sonja König (Juso-HSG)** fragt, welche Ausgaben der Uni für die Card entstehen. Dies ist nicht bekannt, **Christian** will diesbezüglich aber nochmal nachfragen. **Niklas Meyer (RCDS)** möchte wissen, warum der Chip an vielen Hochschulen so kritisch gesehen wird. **Christian** erläutert, dass dies daran liegt, dass er aus größerer Entfernung ausgelesen werden kann und es zahlreiche datenschutzrechtliche Schwierigkeiten gibt. **Henrik Pruiskens (ghg*ol)** erklärt, dass ursprünglich auch bei Beschädigung der Karte Kosten anfallen sollten. Dies konnte jedoch bisher durch studentische Seite abgewendet werden. Die Fotospeicherung, die grundsätzlich vorgesehen ist, können Studierende individuell untersagen.

Benjam Diekmann (Studienreform) berichtet, dass er die Info-Broschüre mit dem Beratungsangebot fertiggestellt hat. Weiterhin wird an einer Info-Broschüre für potentielle Studierende gearbeitet, die Finanzierungsmöglichkeiten erläutern soll.

Diether Horstmann (g*al/Finanzen) hat das Tagesgeschäft erledigt und sich mit der Erstellung des Haushaltsentwurfes beschäftigt. Weiterhin hat er sich darum gekümmert, wie die steuerrechtlichen Abgaben seitens des AStA gestaltet werden könnten. Dies gestaltet sich als schwieriges Thema.

Top 6: Berichte aus Senat und Kommissionen

Finanzkommission: Wiebke Esdar (Juso-HSG) berichtet, dass in der FiKo nicht viel passiert ist, da bisher keine Gelder verteilt wurden. Dies soll aber im Großen und Ganzen wie im vorherigen Jahr geschehen. **Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol)** fragt, was die FiKo noch individuell und selbstständig verteilen kann, da die meisten Beträge fest zugeteilt sind. Laut **Wiebke** werden noch etwa 14-15 Millionen durch die FiKo verteilt, auf Einrichtungen wie dem International Office, der Bibliothek und dem Fachsprachenzentrum. Der überwiegende Teil der Gelder wird nach festen Parametern, die sich an der leistungsorientierten Mittelvergabe orientieren, vergeben, ungefähr 10% können dann noch über das Antragsverfahren von der FiKo verteilt werden, das ist die ehemalige Titelgruppe 94, jetzt sind das 'besondere Bedarfe' und ein Topf für Notbedarfe.

Härtefall-Kommission: Wiebke (Juso-HSG) berichtet, dass diese kommende Woche tagt und nur zwei Befreiungsanträge vorliegen, die sie jedoch noch nicht gesehen hat.

SMT: Tobias Rodehutsors (Piraten) berichtet, dass er bei der SMT-Sitzung (Sicherheits-Management-Team) war. Es ging um Datenschutz, da es vor etwa einem halben Jahr eine Fishing-Welle von Mails an Dozierende gab. Diese wurde im Namen des Hochschulrechenzentrums (HRZ) dazu aufgefordert ihre HRZ-Passwörter per E-Mail mitzuteilen. Dieser Aufforderung sind laut Tobias erschreckend viele Dozierende nachgekommen und haben sich anschließend beim HRZ über die schlechte Rechtschreibung und Grammatik der E-Mails beschwert. Es gibt Überlegungen, wie man Lehrende zu Fortbildungen in puncto Datenschutz bewegen kann.

Senat: Oliver Nißing (ghg*ol/StuPa-Vosritz) berichtet aus dem Senat. Herr Albert ist erneut als Vorsitzender, Wiebke Esdar (Juso-HSG) als stellvertretende Vorsitzende gewählt worden. Das Rektorat hat für den Hochschulrat berichtet, welcher derzeit mit dem Wirtschaftsplan der Uni beschäftigt ist. Außerdem gab es eine Vorstellung des Hochschul-Entwicklungsplans, der angeben soll, wo Schwerpunkte gesetzt werden. Der der Bielefelder Uni geht nur bis 2013, also laut **Oliver** nicht weit in die Zukunft und ist zudem noch ziemlich aussagenfrei. Als wichtiger schätzt **Oliver** das Zukunftskonzept ein, dass aber kaum jemand bisher lesen durfte. **Oliver** bemängelt, dass der

Strukturbericht bereits zur Akkreditierung rausgeschickt wurde, obwohl die BISED-Satzung (Bielefeld School of Education) und die Bachelorprüfungsordnung noch nicht abschließend in den entsprechenden Kommissionen und dem Senat behandelt wurden.

Für §11-Kommission sei Herr Gepardt wieder als externes Mitglied gewählt, Ansgar Beckermann ist Ombudsmann geworden. Ansonsten habe die Besetzung der studentischen Plätze in den Gremien entsprechend der StuPa-Nominierungen stattgefunden.

Lisa Brockerhoff (ghg*ol/Vorsitz/Hochschul- und Bildungspolitik) erklärt, dass wie immer im Senat viele Anfragen von studentischer Seite abgewigelt wurden, wie zum Beispiel die nach der Ausgestaltung des Ergänzungsbereichs in den neuen Studiengängen. Sie hat sich geärgert, dass viele Papiere in Form von Entwürfen an den Kommissionen vorbeigegangen sind. Der Entwicklungsplan ignoriert aus ihrer Sicht nicht-akademische MitarbeiterInnen. Wie **Lisa B.** weiter berichtet hat Herr Körber (Leiter Dezernat II) im Senat erklärt, er gehe davon aus, dass die Hochschulratswahlversammlung öffentlich war.

unilinks! r.o.s.a. nimmt eine 15-minütige Fraktionspause

Top 7: Wahl des allgemeinen Studierendenausschuss

Lisa Brockerhoff (ghg*ol/Vorsitz/Hochschul- und Bildungspolitik) schlägt Mark als Referent für die AntifaAG vor. Für die Antirassismus-AG schlägt sie Britta und Marthe als Referentinnen vor.

Britta stellt sich vor. Sie studiert an der Uni Bielefeld und ist schon länger in der Gruppe aktiv.

Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol) fragt, was die AG bisher gemacht hat und was sie zukünftig plant. **Britta** erklärt, dass es die Gruppe seit 2008 gibt, unter anderem um das Thema Abschiebung mehr in den Fokus an der Uni zu rücken, wie durch Vernetzung und Ausstellungen. Sie wollen Erfahrungsberichte sammeln und den Betroffenen eine Möglichkeit geben, die Problematik zu repräsentieren. Ein Mitglied der Gruppe ist außerdem beim AK Asyl aktiv, sodass es mit diesem eine gute Vernetzung gibt. Konkret ist eine Veranstaltung zur Abschiebung von Roma geplant.

Christian Osinga (Kompass) fragt, ob auch die Einrichtung eines AntiraAG-Topfes im Haushalt geplant ist. Dieser steht bereits im Haushaltsentwurf. **Henrik Prusiken (ghg*ol)** fragt nach der Abgrenzung zur AntifaAG und interessiert sich dafür, warum man die Arbeitsschwerpunkte nicht in einer AG zusammenfassen kann.

Britta sieht unterschiedliche Schwerpunkte bei den AGs, unter anderem da Abschiebung bei der AntifaAG nicht so ein großes Thema sei. **Niklas Meyer (RCDS)** fragt, ob auch geplant ist, neu renovierte Flure zu plakieren. Dies wird verneint.

Vanessa (ghg*ol) bittet um mehr Informationen zur Gruppe. Diese umfasst laut **Britta** neun Personen, bei denen es sich nicht nur um Studierende handelt. Es soll zukünftig noch mehr im Rahmen der Uni und mit Studierenden geplant werden. Derzeit läuft die Mobilisierung zur Innenministerkonferenz.

Jessica Schiebel (ghg*ol) fragt, wie sich die AG die Zusammenarbeit mit dem AStA vorstellt, da sie ja dem AStA untergeordnet wäre. Die Zusammenarbeit mit dem AStA und Berichte gegenüber diesem sind geplant, wie **Britta** erläutert. **Vanessa (ghg*ol)** weist auf die rechtliche Verantwortung des AStA-Vorsitzes für die AntiraAG hin und fragt, wie dies gehandhabt werden soll. Dies ist den potentiellen Referentinnen bewusst.

Es kommt zur Wahl der vorgeschlagenen Personen.

	Ja	Nein	Enthaltung
Mark	16	3	3
Marthe	14	4	4
Britta	15	4	3

Damit sind Mark und Britta gewählt. Marthe ist nicht gewählt.

2. Wahlgang

Marthe	Ja	Nein	Enthaltung
	14	3	4

Damit ist Marthe nicht gewählt.

Es kommt zum **3. Wahlgang** bei dem nur die einfache Mehrheit der anwesenden Mitglieder nötig ist.

Marthe	Ja	Nein	Enthaltung
	14	5	2

Damit ist Marthe gewählt.

Top 8: Wahlen und Nominationen

a) Kommission für Organisationsentwicklung

Für die Kommission für Organisationsentwicklung muss ein ein studentisches Mitglied nominiert werden. **Christian Osinga (Kompass)** fragt, warum dies erneut nötig ist, da bereits bei der letzten Sitzung Mitglieder für die Kommission nominiert wurden. **Katharina Bolgen (Juso-HSG)** erklärt, dass die gewählte Person mittlerweile exmatrikuliert ist. **Henrik Pruisken (ghg*ol)** schlägt Ingwar Petersen (ghg*ol) vor. Dieser ist schon länger in der ghg*ol und würde gerne in die OE-Kommission.

OE-Kommission	Ja	Nein	Enthaltung
	20	0	1

Damit ist Ingwar gewählt.

b) Programmbeirat Hertz 87,9

Hendrik Unger (g*al) erklärt, dass es eine Amtszeit von zwei Jahren gibt und der Beirat prinzipiell nicht viel macht. **Christian Osinga (Kompass)** fragt nach einem Konzept und möchte wissen, was eine betreffende Person im Beirat machen könnte und/oder sollte. **Hendrik (g*al)** zitiert aus der Satzung des Trägervereins, welche besagt, dass der Beirat mindestens zweimal im Jahr tagt und die Redaktion in einigen Belangen, wie dem Programm, berät und auf die Einhaltung der Vorgaben achtet. **Henrik Pruisken (ghg*ol)** berichtet von seinen Erfahrungen im Programmbeirat. Dort habe die Hertz-Redaktion berichtet und Fragen beantwortet. Der Fokus liegt seiner Einschätzung nach auf diesem Bericht. **Christian (Kompass)** fände es spannend, wenn es eine Art Gesamtkonzept von Hertz gebe. Dieses existiert bereits. **Jessica Schiebel (ghg*ol)** hält es für sinnvoll, wenn jemand aus dem AStA in den Beirat entsandt würde. **Hendrik (g*al)** hält dies nicht für sinnvoll, da er keine Lust hätte als Zuständiger für das Öffentlichkeitsreferat sich auch noch im Programmbeirat mit Ingo Lohuis zu streiten. **Vanessa (ghg*ol)** hingegen hält Jessicas Vorschlag für sinnvoll und findet es schwierig es als Öffentlichkeitszuständiger dies aus persönlichen Gründen abzulehnen. **Christian (Kompass)** hält Jessicas Vorschlag für demokratisch schwierig, da so unangemessen Druck auf Hertz ausgeübt werden könne, da der AStA ja auch Beiträge im Programm platzieren möchte. **Henrik (ghg*ol)** sieht es als positiv an, wenn jemand vom AStA für eine Hopo-Fokussierung bei Hertz achten würde und schlägt vor, dass der AStA eigenständig jemanden entsenden sollte. Dem widerspricht **Christian (Kompass)**, da er der Meinung ist, dass das StuPa sich dies nicht aus der Hand nehmen lassen sollte. Der Punkt wird vertagt.

Top 9: 1. Lesung Haushaltsplan 2011

Johannes Zück (Juso-HSG) erklärt als Vorsitzender des Haushaltsausschusses, dass dieser den Haushalt als rechnerisch richtig beurteilt hat. **Christian Osinga (Kompass)** beantragt die zweite und dritte Lesung in einer Sitzung durchzuführen. **Vanessa Kleinkathöfer (ghg*ol)** spricht sich dagegen aus, da sie befürchtet, dass es keine Mehrheit geben könnte, wenn direkt nach eventuellen Änderungen abgestimmt würde. **Christian (Kompass)** zieht daraufhin seinen Antrag zurück. **Oliver Nißing (ghg*ol/StuPa-Vorsitz)** erklärt, dass er Vanessas Einwand für sehr sinnvoll hält im Anbetracht der derzeitigen Koalitionsverhältnisse. Man könnte zwei Woche nach der zweiten Sitzung die dritte Sitzung durchführen. **Katharina Bolgen (Juso-HSG)** stellt nun den Antrag auf eine gemeinsame Befassung von zweiter und dritter Lesung. **Jonas Damian (Juso-HSG/StuPa-Vorsitz)** hält es für utopisch, dass es einen zweiten Versuch geben könnte innerhalb des laufenden Jahres, falls der Haushalt beim ersten Versuch nicht verabschiedet würde. **Vanessa (ghg*ol)** sieht dieses Problem so oder so, egal, ob man beide Lesungen in einer Sitzung durchführt oder nicht. **Diether Horstmann (g*al/Finanzen)** erklärt, dass die steuerrechtlichen Maßnahme große Kosten für die Studierendenschaft bedeuten könnten und gegebenenfalls die Sozialbeitrag erhöht werden müsse und somit eine neue Debatte entstände im Rahmen der Haushaltsverhandlungen. **Johannes (Juso-HSG)** erläutert was passiert, wenn der Haushalt nicht im laufenden Jahr verabschiedet wird und es einen Zwölfstel-Haushalt gibt. Er möchte die Diskussion beschleunigen. **Oliver (ghg*ol/StuPa-Vorsitz)** fragt, ob es einen Nachtragshaushalt geben wird. Dies ist bisher noch nicht klar. **Henrik Pruiskén (ghg*ol)** schlägt eine Abstimmung vor.

Katharinas Antrag wird abgestimmt.

Haushaltssitzungen	Ja	Nein	Enthaltung
	12	7	3

Damit ist der Antrag angenommen.

Vor der Vorstellung des Haushaltsentwurfs seitens des AStA erläutert **Oliver (ghg*ol/StuPa-Vorsitz)**, dass es sich bei der ersten Lesung ausschließlich um eine Vorstellung handelt bei der Fragen geklärt werden sollen. In der zweiten Lesung könnten Änderungsanträge gestellt werden und eine weitergehende Diskussion stattfinden, bevor es in der dritten Lesung zu einer Abstimmung des Haushaltes kommt.

Diether (g*al/Finanzen) stellt den Haushaltsentwurf vor. Geändert hat sich der Topf E 86, da hier nun alle Prozesskosten zusammengefasst wurden. Dies bedeutet eine Zusammenlegung der Prozesskosten aus allgemeinen Prozesskosten des AStA und denen, die Rahmen der Verwaltung der Sozialdarlehen entstehen.

In den Topf allgemeine Verwaltung hat der AStA zusätzliches Geld für technische Unterstützung, externe Verpflichtungen und mehr Sachmittel für die Verschickung der Semestertickets eingestellt. Weiterhin beinhaltet diese Kostenstelle (KST 51) die genannten Prozesskosten.

Ebenfalls erhöht um 2000 € wurde der Topf für die Beratungen (KST 61), da es diesbezüglich immer höhere Ausgaben für die Aufwandsentschädigungen (AE) gab. Angepasst wurden auch die Aufwandsentschädigungen der AudiminAG (KST66), welcher jetzt zwei volle AEn zur Verfügung stehen. Der AStA hat im Haushaltsentwurf die Einrichtung einer Kostenstelle für die AntiraAG vorgesehen (KST 73) und die Töpfe der AntifaAG (KST 71) und der AG freie Bildung (KST 72) erhöht. Ebenfalls neu eingerichtet wurde die KST 77 für die Aktionstage gegen Sexismus und Homophobie. Die Fachschaftsmittel wurden um ein Prozent erhöht, da die Fachschaft Gender Studies neu gegründet wurde (KST 95).

Henrik (ghg*ol) fragt nach, woher das zusätzliche Geld kommt, das nun in den Haushaltsentwurf eingestellt wurde. **Diether (g*al/Finanzen)** erklärt, dass der Überschuss reduziert wurde und er davon ausgeht, dass eventuell die Rücklagen angegriffen werden. Er rechnet jedoch nicht damit,

dass alle Töpfe ausgeschöpft werden. Auf **Henriks (ghg*ol)** Nachfrage, erklärt **Diether (g*al/Finanzen)**, dass wie bisher mit einer Anzahl von 16500 Studierenden gerechnet wurde. **Henrik (ghg*ol)** schlägt vor, die angenommen Studierendenzahlen höher anzusetzen. **Jessica Schiebel (ghg*ol)** fragt, ob bei den AGn auch die Sachmittel erhöht wurden. Dies ist laut **Diether (g*al/Finanzen)** der Fall, nicht nur die AEn wurden hinaufgesetzt. **Jonas (Juso-HSG/StuPa-Vorsitz)** fragt, warum E74, sonstige Infomedien, erhöht wurde, trotz der geringen Ausgaben 2009. **Diether (g*al/Finanzen)** erklärt, es werde von einer kontinuierlichen Zunahme der Ausgaben ausgegangen. **Oliver (ghg*ol/StuPa-Vorsitz)** fragt, ob die Klage gegen den Hochschulrat noch festgehalten ist. Diese Kosten sind in der Kommentierung vermerkt. **Jessica (ghg*ol)** fragt, warum die Kostenstelle E92 nur so gering heruntergesetzt wurde, obwohl der Abschluss 09 anderes nahelegen würde. **Diether (g*al/Finanzen)** erklärt, man wolle sich offen halten, flexibel Veranstaltungen mitzufinanzieren. **Vanessa (ghg*ol)** erklärt, dass man die meisten Veranstaltungen, die der AStA in Zusammenarbeit mit anderen Stellen organisiert, aus dem Topf buchen könnte. Sie plädiert dafür, den Betrag nicht weiter zu verringern. **Christian (Kompass)** erklärt, dass er davon ausgeht, dass Veranstaltungen, deren Unterstützung extern beim AStA beantragt, aus dem Topf gebucht werden.

Top 10: Niederschlagung von Sozialdarlehen

Johannes Zück (Juso-HSG) erklärt, dass der Haushaltsausschuss die Abschreibung der aufgeführten Sozialdarlehen (SD) empfiehlt. Die SchuldnerInnen sind teilweise unbekannt verzogen oder haben Privatinsolvenz anmelden müssen. Die Sozialdarlehen könnten sicher nicht mehr eingetrieben werden. Außerdem sei die weitere Vergabe durch die Abschreibung nicht gefährdet. **Christian Osinga (Kompass)** bittet um die entsprechend Bereinigung der Buchhaltung, da er vermutet, dass einige Sozialdarlehen schon mehrmals niedergeschlagen wurden. **Niklas Meyer (RCDS)** fragt, wie man dem vorbeugen könne, dass so viele Sozialdarlehen nicht zurückgezahlt werden. **Johannes (Juso-HSG)** erklärt, dass sich die Rate sehr verbessert hat, da der SD-Vertrag mittlerweile vorzieht, dass der AStA bei der Stadt die neuen Adressen erfragen darf.

Niederschlagung SD	Ja	Nein	Enthaltung
	21	0	0

Damit ist die Niederschlagung beschlossen.

Top 11: Anträge

Es liegt der folgende Antrag der ghg*ol vor:

Das StuPa möge beschließen:

Das Studierendenparlament fordert das Dezernat Facility Management und das Rektorat auf, studentische Initiativen und studentische Kultur nicht weiter einzuschränken und bestehende Restriktionen aufzuheben. Der Studierendenschaft müssen Möglichkeiten bereitstehen, die Uni kulturell mitzugestalten und zu nutzen. Anstatt dies jedoch zu fördern, ist die Verwaltung konsequent bemüht, studentischen Initiativen Steine in den Weg zu legen, so zum Beispiel bei der Nutzung des Audimins, der Hallennutzung und der Plakatierung. Es ist weder logisch, noch akzeptabel, dass lediglich zwei Stände von studentischen Initiativen und Hochschulgruppen pro Tag in der Halle stehen dürfen. Ebenso inakzeptabel ist die Tatsache, dass studentische Meinungsäußerung unterbunden wird, indem Plakatierung zunehmend untersagt wird. Die Auflagen, die bei Audiminpartys mittlerweile bestehen, wie zum Beispiel die vorgeschriebene Anmeldung einer

Veranstaltung beim Dezernat FM mindestens 14 Tage zuvor und die hohen Kosten, um unter anderem unbenötigtes „Sicherheitspersonal“ anzustellen, verhindern in vielen Fällen faktisch das Stattfinden von studentische Veranstaltungen. Verstärkt wird diese Entwicklung durch das Verbot von Audimin-Partys vor Feiertagen.

Deshalb fordert das Studierendenparlament die Rücknahme der Beschränkungen. Das Audimin sollte dem AStA und damit der Studierendenschaft unter Abstimmung mit Veranstaltungen im Audimax zur Verfügung stehen – ohne weitere Einschränkungen und unter Verzicht auf den Einsatz des Sicherheitsdienstes. Weiterhin sollen die Plakatwände auf der Galerie im ersten Hallendrittel unter anderem von studentischer Seite genutzt werden dürfen, ebenso wie die Halle ohne überzogene Einschränkungen studentischen Initiativen für Stände und ähnlichem zur Verfügung stehen soll.

Begründung:

Obgleich es bereits mehrere StuPa-Beschlüsse zu diesem Thema gab und sich AStA, studentische Hochschulgruppen, Fachschaften und andere studentische Initiativen gegen die zunehmenden Beschneidungen von studentischen Rechten eingesetzt haben, lässt sich kein Einlenken seitens des Dezernats FM erkennen. Dieses ist offenbar bestrebt, immer weitere Beschränkungen durchzusetzen. Insbesondere das Vorgehen des Dezernats ist hier negativ zu erwähnen: Anstatt ein Gespräch zu suchen und diesbezügliche Entscheidungsprozesse offen und partizipativ zu gestalten, gehört es zur Politik des Dezernats FM, die Studierendenschaft vor vollendete Tatsache zu setzen und dauerhaft zu zermürben. So werden Absprachen nur kurzzeitig eingehalten und immer wieder neue Restriktionsmechanismen ins Leben gerufen.

Scheinbar wird sich eine stumme Studierendenschaft gewünscht, die keine Meinung vertritt und die Uni ausschließlich als Ort des Bildungskonsums betrachtet.

Lisa Waimann (ghg*ol) erklärt, dass ein solcher Beschluss erneut nötig ist, das das Dezernat Facility Management trotz der Bemühungen von studentischer Seite, offenbar nicht bereit ist, sein Verhalten zu ändern und das Rektorat dies hinnimmt. Man müsse sich weiterhin gegen die restriktive Politik wehren.

Hendrik Unger (g*al) bietet um einige Änderungen, damit der Antrag verständlicher wird. Diese werden übernommen. **Stefan Pieplau (Juso-HSG)** fragt nach, ob der Antrag nicht auch ans Rektorat gehen sollte, da Beschlüsse, die an das Dezernat FM geschickt werden, offenbar folgenlos blieben. Im Antrag ist dies bereits vorgesehen. **Lisa Brockerhoff (ghg*ol/Vorsitz/Hochschul- und Bildungspolitik)** bittet darum, dass auch die Begründung verschickt wird.

Antrag FM	Ja	Nein	Enthaltung
	18	1	1

Damit ist der Antrag angenommen.

Daniel Krenz-Dewe (:uniLinks!_ro.s.a.) schlägt vor, eine geballte Kampagne gegen die Politik des Dezernats FM zu organisieren, um den Druck zu erhöhen. Dies könnte der AStA übernehmen.

Henrik Pruiskén (ghg*ol) schlägt vor, dort zu plakatieren wo es mittlerweile verboten ist und auf den Plakaten den Sachverhalt zu schildern. **Christian Osinga (Kompass)** fragt, ob die Regelung, dass maximal zwei Stände in der Halle stehen dürfen, praktiziert wird. **Lisa B. (ghg*ol/Vorsitz/Hochschul- und Bildungspolitik)** erläutert, dass dies teilweise der Fall ist.

Top 12: Sonstiges